

*Braucht Belgien eine neue Asyl- und Migrationspolitik? Im Hauruckverfahren gehe das nicht, so Katrin Jadin, die am Montag in Brüssel mit ihrer Partei, der MR, über einen Vorschlag von N-VA-Staatssekretär Theo Francken beriet. Der sinniert in den Sozialen Medien über die Einführung des australischen „No Way“-Modell.*

Am Wochenende hat Theo Francken (N-VA) wieder einmal zugeschlagen: Der flämische Politiker schlägt ein radikales Umdenken in der Asyl- und Einwanderungspolitik vor. Der jetzigen Situation, in der laut Francken Asylbewerber illegal in unser Land einreisen und dann einen Asylantrag stellen, müsse man das australische Modell entgegensetzen. In Australien darf man nur mit gültigem Visa, selbst als Asylantrag, einreisen. Wer auf offenem Meer erwischt wird, kommt in ein Auffanglager. Wenn er von dort den Weg nach Australien antritt, wird er vorher geprüft und erhält daraufhin ein Visum. Man steuert die Einwanderungspolitik aktiv. Die Reaktionen auf den Vorstoß des Staatssekretärs waren, wie kaum anders zu erwarten, geteilt. Während die CD&V sehr zurückhaltend reagiert, kam vom Präsidenten der MR, Olivier Chastel, zumindest die Zusage, die Vorschläge prüfen zu wollen. Allerdings erst nach den Wahlen im Mai 2019.

Wir befragten am Montagnachmittag zu dem Thema die ostbelgische Abgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR), die frisch aus Brüssel angereist war, wo man sich in den Führungsgremien der MR, in denen die PFF mit am Tisch sitzt, mit dem Thema befasste. „Von Theo Francken weiß man, dass er eine offensive Kommunikationspolitik betreibt. So schnell wird's nicht gehen“, relativierte sie sofort. „Belgien ist in internationale Regelwerke wie die Genfer Flüchtlingskonvention eingebunden, orientiert sich an europäischen Direktiven und nimmt seine Verpflichtung wie die Wahrung der Menschenrechte ernst“, so die Abgeordnete weiter.

Man habe das Thema eingehend analysiert und diskutiert. Bei der MR gebe es Offenheit, neben dem bestehenden Regelwerk Überlegungen anzustellen, wie man Migration besser steuern könne, um Problemen wie der Alterung der Bevölkerung oder dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Sozusagen als zweites Standbein einer Politik in diesem Bereich. Es stehe aber außer Frage, dass Belgien sich dabei an seinen internationalen Verpflichtungen orientieren müsse und orientieren werde, so Jadin weiter.

Bei den Diskussionen wurde schnell klar, dass man die Problematik der Einwanderung nicht losgelöst von anderen derzeitigen Umständen und Bewegungen in Angriff nehmen kann. Wie wir bereits berichteten, gab es einen großen Aufschrei nach der Forderung einiger Politiker einer an sich unbedeutenden Partei mit Namen „Islam“, die öffentlich über eine Geschlechtertrennung im öffentlichen Personennachverkehr nachgedacht und die Einführung der Scharia in Belgien als langfristiges Ziel genannt hatte.

Katrin Jadin: „Als Frau und Politikerin bin ich empört und schockiert über solche offen verfassungsfeindlichen Aussagen.“ Sie habe bereits seit 2014 Texte unterstützt, um freiheitsfeindliche Vorstöße notfalls über die Verfassung zu unterbinden. Bei den Diskussionen in den MR-Gremien am Montag sei auch diese Thematik besprochen worden. Die Arbeitsgruppe solle genau prüfen, ob man nicht besser die Personen, die sich in einer solchen Weise äußerten, ins Visier nehmen solle als die Parteien. „Wir stoßen hier an die Grenzen der Demokratie“, sagt Jadin. Und das sei in einer Partei wie der MR, die sich für die persönlichen Freiheitsrechte der Bürger stark mache, besonders heikel.

Jadin und die MR sind sich dessen bewusst, dass die Kommunalwahlen praktisch vor der Tür stehen und gerade mal ein gutes halbes Jahr später die Wahlen zur Wallonischen Region, dem föderalen und dem Europäischen Parlament antehen. Jadin hofft, dass vor Ende der Legislatur „noch etwas geht“, ist sich aber wegen der Komplexität der Fragestellungen nicht sicher. Klarer wird sie bei den Grundprinzipien, die sie leiten, und räumt auch ein, dass man wahrscheinlich nicht resolut genug bei der Integrationspolitik gewesen sei. Wer in unserem Land leben wolle, müsse sich an bestimmte Regeln halten und zu gewissen Pflichten stehen. „Dazu gehört das Erlernen der Sprache, das Verständnis rudimentärer Abläufe der Demokratie und das klare Bekenntnis zu unseren Verfassungsprinzipien und den internationalen Konventionen.“

Kurzfristig ist also weder bei der Asyl- und der Migrationspolitik, noch bei der Bekämpfung verfassungsfeindlicher Parteien auf Gesetzebene etwas zu erwarten.

Von Oswald Schröder

Copyright © 2018 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten